

presse

Nebel betrügt bei Stellenbesetzung

Zur Stellenbesetzung von FDP-Politikerin Gabriela Bössemaker im Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung erklärt der entwicklungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Sascha Raabe:

Bundesminister Nebel hintergeht offizielle Bewerbungsverfahren im BMZ. Diese Kungelei widerspricht allen rechtsstaatlichen Vorschriften für ein ordnungsgemäßes und faires Auswahlverfahren und wird gegebenenfalls auch strafrechtliche Konsequenzen haben, erklärt Sascha Raabe.

Die künftige Leiterin der neuen, beim Entwicklungsministerium angesiedelten Servicestelle für bürgerschaftliches Engagement, die FDP-Politikerin Gabriela Bössemaker, hat offensichtlich bereits im vergangenen Herbst von Minister Nebel die Zusage für den Posten erhalten. Zu dieser Zeit war das offizielle Bewerbungsverfahren noch nicht einmal in Gang gesetzt. Dies geht aus einem Interview Bössemakers vom Oktober 2011 hervor.

Wenn es stimmt, dass Minister Nebel seiner Parteifreundin Bössemaker schon im Oktober 2011 den Job versprochen hat, dann war das gesamte übrige offizielle Bewerberauswahlverfahren, das erst im November und Dezember stattfand, nicht nur ein teurer Spaß auf Kosten der Steuerzahler sondern eine betrügerische Farce. Diese Kungelei widerspricht allen rechtsstaatlichen Vorschriften für ein ordnungsgemäßes und faires Auswahlverfahren und wird gegebenenfalls auch strafrechtliche Konsequenzen haben. Der Minister muss die Frage beantworten, wie Frau Bössemaker schon im Oktober von ihrem Glück

wissen konnte, wenn doch erst Ende Dezember die angeblich entscheidenden Auswahlgespräche mit den Bewerbern stattgefunden haben. Sollten sich die Vorwürfe in der weiteren Prüfung als wahr erweisen, muss Minister Niebel zurücktreten.

Mit seinen Machenschaften will Niebel die Öffentlichkeit für dumm verkaufen, aber das wird nicht gelingen. Die Stellenbesetzung mit Frau Büssemaker ist nicht nur ein Schlag ins Gesicht der übrigen qualifizierten Bewerber, sondern auch ein Affront gegenüber den zivilgesellschaftlichen Organisationen, denen der Minister ein Mitspracherecht bei der Auswahl zugesichert hatte – eine Auswahl, die es gar nicht gab und wohl nie geben sollte.